

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 11

Artikel: Die im Dunkeln sieht man nicht
Autor: Hafner, Ursula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die im Dunkeln sieht man nicht



Ursula Hafner, Französischlehrerin an der Kantonschule Schaffhausen, ist Dr. phil. I und wurde 1943 geboren. Sie ist verheiratet und wohnt in Schaffhausen. Politisch schon lange interessiert, ist sie durch Häuserabbrüche sowie über Umweltfragen und aus Opposition gegen Strassenbauten ganz praktisch politisiert worden. Aus naheliegenden Gründen kam später die Frauenpolitik, aus beruflichen die Jugendpolitik hinzu, und beide führten sie zu einem immer intensiveren sozialpolitischen Engagement. Seit 1981 sitzt Ursula Hafner im Schaffhauser Kantonsrat. Und seit 1987 ist sie Nationalrätin unter der Berner Bundeskuppel, wo sie nicht nur die politische, sondern auch die sprachlich-berufliche Horizonterweiterung sehr freut.

Der PUK-Bericht hat ein wenig Licht in *eine* «Dunkelkammer der Nation» gebracht. Was da bei der Bundespolizei zum Vorschein kam, waren «nicht selten aus *unsicheren* Quellen stammende Informationen» und *unüberprüfte* Daten, aufgrund derer *Sicherheitsüberprüfungen* durchgeführt wurden.

Auftraggeber für solche Sicherheitsüberprüfungen war auch die Privatwirtschaft. Die Bundesanwaltschaft beschnupperte aus lauter Grosszügigkeit (einen gesetzlichen Auftrag dazu hat sie nicht) Bewerber um Vertrauensstellen in privaten Unternehmen. Unterdessen konnten dubiose Finanzinstitute ihre Geschäfte ungehindert betreiben, denn für Ermittlungen gegen sie fehlte das Personal. Dafür halfen die Banken den Bundesbehörden mit Empfehlungsschreiben, wenn es galt, über die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen zu entscheiden.

Diese Art von Zusammenarbeit (im Volk «Filz» genannt) hat Tradition. Ich erinnere mich an eine Affäre, in welche nie Licht kam, weil zu jener Zeit keine PUK am Werke war: Im April 1980 verhaftete die Bundespolizei zwei französische Zollbeamte, die versuchten, an Namen und Kontonummern französischer Staatsbürger heranzukommen, welche ihr Geld auf Schweizer Banken deponiert hatten. Frankreich litt damals unter massiver Kapitalflucht, und die Zöllner bemühten sich, den Devisenschmugglern das

Handwerk zu legen. Dabei gingen sie einem ehemaligen Mitarbeiter einer Grossbank in die Falle, der sie ins Basler Bahnhofbuffet gelockt hatte. Hier wurden sie von Bundespolizisten, die bereits einen Haftbefehl bei sich hatten, erwartet. Die Bundesanwaltschaft hatte schon vorher mit dem Sicherheitsdienst der Bank zusammen gearbeitet, um den Zollbeamten diese Falle zu stellen. In der Gerichtsverhandlung wurde die Verbindung zwischen der Bundesanwaltschaft und der Bank nicht erhellt. «Le Monde» schrieb dazu: «Es ist doch erstaunlich, zu sehen, wie eifertig sich in der Schweiz Polizei und Justiz für den Schutz der Steuerbetrüger mobilisieren lassen.»

Doch nicht nur die Bundesanwaltschaft stellt sich in den Dienst von Banken und andern privaten Unternehmen. Dass Männer, die es in der Privatwirtschaft zu etwas bringen wollen, sich ihre Führungsqualitäten meist im Militär angeeignet haben, ist bekannt. Aus ziemlich sicherer Quelle habe ich ausserdem erfahren, es sei gang und gäbe, dass die Privatwirtschaft sich beim PISA* erkundige, ob die Armee einen Bewerber für einen verantwortungsvollen Posten empfehlen könne. Wer sich im Militärdienst bewährt hat, bringt auch die nötige Härte mit, um sich auf einer höhe-

*PISA = Personalinformationssystem der Armee

ren Stufe im Betrieb zu halten. In Amerika hat man zwar unterdessen gemerkt, dass hierarchische Strukturen nicht sehr effizient sind, und dass eine breite Mitwirkung mehr Raum schafft für Kreativität und Innovation und auch im Umgang mit den neuen Technologien förderlich ist.

Die PUK schreibt in ihrem Schlusskapitel, es zeigten sich Schwachstellen in unserem System der «engen Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft». Sie nennt nur diesen Dreierklub. Doch das Militär gehört auch zum Klan, und es ist Zeit, auch in die Dunkelkammern des EMD Licht zu bringen.

Ursula Hafner

Serviert von Rosa Berner

Die Zürcher Bahnhofstrasse ist weltberühmt. Vor Weihnachten vermittelte der elektrische Weihnachtsglanz eine fast märchenhafte Konsumstimmung. Die vielen extravaganten Geschäfte bieten ihrer internationalen Kundschaft wirklich das Feinste vom Feinen an. Dass Herrensocken, Damenhüte oder Jeanskleider im Zürcher Konsumparadies teurer sind als zum Beispiel in Birsfelden oder in Tägerwil, überrascht niemanden. Schliesslich kostet an der Zürcher Prachtsstrasse ja auch der Boden entsprechend mehr. Ob Sie es glauben oder nicht: Letzthin wurde ein neuer Schweizer Rekord aufgestellt. Bisher schätzten Insider, der Quadratmeter Boden sei unter 70'000 Franken nicht zu haben. An sich ist das schon ein stolzer Preis. Nur: Das war einmal...



Atmen Sie tief, ganz tief durch. Sonst haut es Sie bei dem, was jetzt folgt, um. Kürzlich nämlich wurde die Liegenschaft der Firma Wollenkeller, die ein dem Kostenniveau an der Zürcher Bahnhofstrasse angepasstes Ladengeschäft führt, verkauft. Der Käufer bezahlte für einen Quadratmeter Liegenschaftsboden 250 000 Schweizer Franken. Zehn Quadratmeter kosten demnach bereits 2,5 Millionen Franken. Und zehn Quadratmeter sind relativ wenig Land für extrem viel Geld.

Da fällt frau der bierseelige Schlager ein: «Wer kann das bezahlen, wer hat so viel Geld?»



Ja, wereliker wohl? Sicher nicht der kleine Gemüsehändler oder ein Gewerbetreibender. 250 000 Franken für einen Quadratmeter kann sich nur noch eine Grossbank leisten. In unserem Fall ist es die Schweizerische Bankgesellschaft.



Die Moral von der Geschichte? Der Stolz aller bürgerlichen Parteien und Politiker ist das in der Bundesverfassung niedergeschriebene Recht auf Privateigentum. Darauf basiere, erklären die bürgerlichen Ideologen, die freie Marktwirtschaft. Und ohne freie Marktwirtschaft sei es auch nichts mit der Freiheit. Wer aber kann sich noch die «Freiheit» leisten, für einen Quadratmeter Boden eine Viertelmillion Franken hinzublättern? Doch nur noch Finanzgesellschaften, Versicherungen, Grossbanken oder Konzerne. Dem Mittelstand geht bei diesen irrsinnigen Bodenpreisen der Schnauf aus, und für die Frau oder den Mann aus dem Volk ist Bodenbesitz längst zum Luxus geworden. Die Schweizerische Eidgenossenschaft verkommt bei dieser Entwicklung zur Swiss Immobilien AG. Privateigentum wird zum Monopolgut. Das Recht auf Privateigentum an Grund und Boden endet als Vorrecht weniger auf Kosten vieler.



Das war keine verspätete Weihnachtsgeschichte, sondern ist ein Blick in die real existierende Wirklichkeit der neuen helvetischen Finanzaristokratie.